

1./III. 1918

**Ministerielle Beratungen über Wohnungs-
fürsorge in Wien.**

Heute fand im Ministerium für soziale Fürsorge unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Mataja und in Anwesenheit des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner sowie der Vertreter aller beteiligten Ministerien eine eingehende Beratung über die Beschlüsse des Wiener Gemeinderates vom 21. März 1918, betreffend Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot nach dem Kriege, statt.

Hiebei wurden auch jene Maßnahmen in Verhandlung gezogen, welche im Hinblick auf die stetig zunehmende Wohnungsnot schon derzeit in Angriff zu nehmen waren.

Die damaligen Beschlüsse des Gemeinderates bezogen sich auf Heranziehung der bisher als Sommerwohnungen vermieteten Quartiere in der Umgebung von Wien und der leerstehenden Wohnungen in den Villenstädten; ferner auf Heranziehung der Ateliers zu Wohnzwecken; auf Umbau von leerstehenden Geschäftslokalitäten und auf die vorübergehende Inanspruchnahme von Baracken für Wohnzwecke.

Ferner wurde die Erbauung von einstöckigen Häusern mit zusammen 1000 Wohnungen als Provisorium auf die Dauer von 30 Jahren ins Auge gefaßt sowie eine Petition an die Regierung gerichtet wegen Widmung eines entsprechend großen Betrages zur Erbauung von Wohnhäusern in den Großstädten. Endlich sprach sich der Gemeinderat für die Schaffung einer Bauzentrale aus.